

Die Veränderungen im Parteiensystem Spaniens und ihre Ursachen

Spanien ist eines der westlichen Länder, das große Umbrüche seines Parteiensystems erfahren hat. Die von den wichtigsten Parteien geprägte politische Landschaft veränderte sich zwischen 1975, dem Beginn der demokratischen Periode, bis zum Jahr 2010 nur wenig. Sie war gekennzeichnet durch die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Mitte-Links-Partei PSOE (Partido Socialista Obrero Español, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei), die sehr früh neoliberale Thesen vertrat, und der PP (Partido Popular, Volkspartei), einer Mitte-Rechts-Partei, die bis 2018 den gesellschaftlichen und politischen Franquismus integrieren konnte.

Die einzige Ausnahme war die Bildung der Koalition Izquierda Unida (IU, Vereinigte Linke) im Jahr 1986, ein Versuch der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE, Partido Comunista de España), ihre Bündnispolitik zu ändern. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die PCE als Organisation verstanden, in der die verschiedenen Optionen der alternativen Linken konvergierten. Dieses Modell war unrealistisch. Nach der starken Mobilisierung gegen die Integration Spaniens in die NATO und dem Erfolg der sogenannten Bürger-Plattform, die die gesamte Opposition gegen die NATO-Mitgliedschaft vereinte, entschied sich die PCE, eine Koalition zu bilden, an der mehrere unabhängige Parteien teilnehmen konnten. Die Koalition errang 1996 10,54 Prozent der Stimmen. Von da an verringerte sich ihr Stimmanteil stetig, bis sie schließlich 2008 nur noch knapp 4 Prozent erreichte.

Die Bewegung 15-M und die nationale Frage

Im Mai 2010 zeigte sich der sozialistische Präsident José Luis Rodríguez Zapatero bereit, die Verfassung zu ändern. Damit sollte den Finanzmärkten das Signal gegeben werden, dass die Tilgung der öffentlichen Schulden von nun an den Vorrang erhalten werde gegenüber der verfassungsrechtlichen Verpflichtung der Regierung, den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen. Diese Entscheidung führte zu einem massiven Vertrauensverlust gegenüber der PSOE. Im November 2010 wurden die „Mesas de Convergencia“ („Tische der Übereinstimmung“) gegründet, um mehr Menschen an den Protesten gegen die Politik der beiden großen Parteien zu beteiligen. Einige Monate später entstand die Bewegung „15-M“ (15. Mai), die das politische Klima im Land entscheidend veränderte. Zwei Faktoren trugen wesentlich zum Entstehen dieser Bewegung bei: Dies war zum einen der Widerspruch zwischen dem Wert und dem Preis der Arbeitskraft hochqualifizierter junger Menschen, die keine Stelle fanden und die Arbeiten unterhalb ihres Qualifikationsniveaus – oder weit unter den Wert ihrer Arbeitskraft – ausführen mussten und die, wenn sie Arbeit fanden, einen entsprechend geringen Lohn erhiel-

ten. Zum anderen hat der in Spanien verbreitete „familiäre Kommunismus“ dazu geführt, dass sich alle Familienmitglieder, die ältesten mit eingeschlossen, aktiv mit den Forderungen ihrer Kinder und Enkel solidarisierten.

Die Bewegung 15-M war hauptsächlich eine Bewegung der städtischen Mittelklasse, aber die in der Zapatero-Ära entstandenen neuen Medien ermöglichten eine Vervielfachung ihres Einflusses. Izquierda Unida verstand die Tiefe dieser Bewegung nicht. Einige Monate später entstand die neue Partei Podemos („Wir können“) mit einem charismatischen Vorsitzenden, die mit neuen Formen der politischen Kommunikation experimentierte. Innerhalb der Linken spielte Izquierda Unida von nun an nur noch eine Nebenrolle. Doch nicht Podemos allein, sondern eine Konföderation von verschiedenen nationalistischen linken Parteien, zu der auch Podemos gehörte (UP, Unidos Podemos), erhielt bei den Parlamentswahlen im Juni 2016 21 Prozent der Stimmen. Nach kurzer Zeit kam es zu den ersten Krisen und inneren Spaltungen, insbesondere wegen gegensätzlicher Positionen im Verhältnis zur spanischen Nation.

Die nationale Dynamik bildet auch die Basis für die Gründung einer zweiten Partei, die ideologisch liberal, aber de facto zunehmend mitte-rechts ausgerichtet ist: Ciudadanos („Bürger“) wurde 2006 als breite Plattform ins Leben gerufen, um sich gegen die Politik der kulturellen und sprachlichen Vereinheitlichung seitens der Regierung Kataloniens zu stellen. Anfangs hatten der Plattform auch sozialdemokratische Gruppen angehört, diese wurden jedoch später aus der Partei gedrängt. Eigentlich stellte Ciudadanos eine Partei der städtischen Mittelklasse dar. Aber die Zweideutigkeit der Schwesterpartei der PSOE in Katalonien, der PSC (Partit dels Socialistes de Catalunya, Partei der Sozialisten Kataloniens), hinsichtlich der nationalen Frage brachte Ciudadanos hunderttausende Stimmen von Familien ohne katalanischen Hintergrund, die sich von der PSC im Stich gelassen fühlten. Die Ambiguität der Linken in der katalanischen Frage erklärt den Zuwachs von Ciudadanos in ganz Spanien, ihre Entwicklung zur stärksten Partei Kataloniens (Regionalwahl 2017) und zur viertstärksten Kraft im übrigen Spanien¹.

Ein ähnlicher Versuch wie Ciudadanos war die Gründung der UPyD (Unión Progreso y Democracia, Union Fortschritt und Demokratie) im Jahr 2007. Auch sie wurde aus Protest gegen die Ambiguität der baskischen Sozialisten in der nationalen Frage und insbesondere in den Verhandlungen mit der ETA ins Leben gerufen. UPyD hatte einen stärkeren sozialdemokratischen Zweig als Ciudadanos, sie verlor jedoch die Gunst der Medien, die sie ursprünglich gegen die rivalisierende Ciudadanos unterstützt hatten. Dies und die Selbstbezogenheit der Vorsitzenden Rosa Díaz führten zur Marginalisierung der Partei.²

¹ Stimmanteile bei den Parlamentswahlen vom Juni 2016 (in Prozent): PP 33, PSOE 22,6, Unidos Podemos (UP) 21,2 und Ciudadanos 13.

² Rückgang des Stimmanteils bei den Parlamentswahlen von 4,7 Prozent (2011) auf 0,6 Prozent 2015.

Abgehängte Arbeiterschaft

Die politische Landschaft Kataloniens hat die größten Veränderungen durchgemacht. Die Mitte-rechts-Partei CiU (Convergència i Unió³) hat eine zentrale Rolle beim Aufbau einer neuen Nation in Katalonien gespielt. Entscheidend waren der massive Einsatz der Medien und der öffentlichen Schule sowie die Schaffung einer eigenen administrativen Infrastruktur: Die autonome Regierung Kataloniens, die Generalitat de Catalunya, beschäftigt heute 200.000 Angestellte im öffentlichen Dienst und hat es vielen Katalanen ermöglicht, ihren sozialen Status zu verbessern, vorausgesetzt, sie beherrschen die katalanische Sprache. Dies galt nicht für Menschen aus den populären Klassen ohne katalanischen Hintergrund. Der charismatische Führer der CiU, Jordi Puyol, von 1980 bis 2003 Regierungschef Kataloniens, schuf ein massives Korruptionssystem, das ihn ins Gefängnis brachte und das zur Beschlagnahmung der Parteizentrale führte. Die katalanische Bourgeoisie beendete daraufhin ihre Zusammenarbeit mit Madrid. Sie setzte auf Unabhängigkeit und gründete 2016 eine neue Partei, die PDeCat (Partido Demócrata Europeo Catalán, Katalanische Europäische Demokratische Partei). Der Kurswechsel zugunsten der Unabhängigkeitsbestrebungen führte auch zum Untergang von Unió, einer 1931 gegründeten Christdemokratischen Partei, die die konservativsten Teile der katalanischen Bourgeoisie vereinte und bis dahin eine Koalition mit der CiU gebildet hatte.

Bei den katalanischen Linken waren die Veränderungen nicht weniger schwerwiegend. 2003 gründete sich die Iniciativa per Catalunya Verds (ICV, Initiative für Katalonien Grüne); sie trennte sich von der am spanischen Staat orientierten Linken und wandte sich stärker an eine umweltbewusste Mittelschicht als an die Bewohner der Arbeiterviertel. Dies spaltete die katalanische Linke, denn die Izquierda Unida hielt nach wie vor an ihrer katalanischen Sektion Esquerra Unida i Alternativa (EUiA, Vereinigte und Alternative Linke) fest. Die Kader der linken Parteien stammen, wie in Katalonien üblich, nicht aus den populären Klassen, sondern aus den katalanischen Mittelschichten. Nach und nach führte dies zu einer Distanzierung der „roten“ Viertel, in denen Menschen wohnen, deren Eltern in den vergangenen Jahrzehnten nach Katalonien eingewandert waren und sich nicht mit der nationalistischen Politik identifizieren. Die EUiA verlor damit stetig die Verbindung zu ihrer natürlichen Wählerschaft und verwandelte sich in eine Partei, deren Kader in Katalonien kaum verankert waren und die stark von der wirtschaftlichen und politischen Unterstützung der katalanischen Regierung abhängig war.

Ebenfalls von großer Bedeutung war die Entwicklung der PSC. Seit ihrer Gründung bestand die PSC aus zwei tragenden Gruppen, zum einen fortschrittliche Mitglieder aus der aufgeklärten Bourgeoisie, zum anderen hun-

³ 1978 hervorgegangen aus den beiden katalanischen Parteien Convergència Democràtica de Catalunya (Demokratischer Pakt Kataloniens) und Unió Democràtica de Catalunya (Demokratische Union Kataloniens); 2015 aufgelöst.

derttausende Menschen ohne katalanischen Hintergrund, die von der Kultur- und Sprachpolitik der Generalitat marginalisiert wurden. Letztere enthielten sich in großer Zahl bei den Wahlen zum katalanischen Parlament, aber bei den allgemeinen Wahlen stimmten sie massiv für die PSOE. So erhielt die PSOE wiederholt die Mehrheit in Katalonien, doch nicht bei den Regionalwahlen, bei denen die CiU regelmäßig gewann. Die politischen Kader wurden drei Jahrzehnte lang vom katalanischen Zweig der PSC gestellt, während die gegen eine kulturnationalistische Politik gerichteten Teile der Wählerschaft ihre Stimme insbesondere bei Landtags- und Kommunalwahlen abgaben. Als sich die CiU für die Unabhängigkeit entschied, sprach sich auch Esquerra Republicana, eine in den 1930ern gegründete Partei, eindeutig für die Unabhängigkeit aus, was den katalanischen Zweig der PSC dazu brachte, sich dem Prozess anzuschließen. Dies wiederum veranlasste den Übertritt vieler Kader in die Reihen von Esquerra Republicana oder in kleinere Parteien. Diese Austrittswelle betraf unter anderem die sozialistische Gewerkschaft UGT. Die PSC stellt weiter die Regierung wichtiger Kommunalverwaltungen und versucht, ein neues Gleichgewicht zu finden, wobei sie heute den Wählern, die zur Ciudadanos abgewandert sind, mehr Bedeutung beimisst.

Krise, Korruption, Nationalitätenkonflikt

Man kann zusammenfassend sagen, dass es für die großen Veränderungen im spanischen Parteiensystem drei hauptsächliche Gründe gibt:

Erstens sind die *Folgen der Krise von 2008* zu nennen und die Unfähigkeit der traditionellen Parteien, eine überzeugende Antwort darauf zu formulieren. Hier muss vor allem die PSOE erwähnt werden, die ihre Hegemonie über einen erheblichen Teil ihrer traditionellen Wähler zugunsten von Podemos verloren hat.

Zweitens ist der nationale Konflikt entscheidend, der nicht nur die Gründung von Ciudadanos und UPyD, sondern auch die Spaltung von PSC und Izquierda Unida in Katalonien erklärt. Aber nicht nur das. Nationale Spannungen bilden auch den Hintergrund für die Formierung der neuen rechten Partei Vox, die bei den Wahlen in Andalusien⁴ im Dezember 2018 aus dem Stand 11 Prozent der Stimmen gewonnen hat und bei den Parlamentswahlen voraussichtlich weiter gewinnen wird. Keine der Parteien – und am wenigsten die Progressiven und die Befürworter der Unabhängigkeit – ist in der Lage, von sich aus, nachhaltig und mehrheitsfähig zur Lösung des nationalen Problems beizutragen.

Drittens erklärt die *Korruption* die großen Veränderungen im Parteiensystem. Sie ist der Schlüssel für das Ende von CiU, aber auch für den Aufstieg von Ciudadanos auf Kosten der Partido Popular und sogar für den Aufstieg von

⁴ Andalusien (mit 8,4 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Region Spaniens) war eine Hochburg der PSOE, die seit dem Ende der Franco-Diktatur ununterbrochen in Andalusien regiert hat.

Podemos. Auch die PSOE war in einige Korruptionsfälle verwickelt, wenn auch nicht so massiv wie die PP. Dies erklärt z.T. die Opposition der Wählerschaft gegen die traditionellen Parteien, die oft als „Kaste“ bezeichnet werden. Diese Opposition trat demnächst für Podemos ein, doch der Partei fehlte es an einem eigenen Projekt zur Bewältigung des nationalen Problems. Aus diesem Grund verlor sie nach und nach an Unterstützung, zuerst zugunsten von Ciudadanos, später zugunsten der rechtspopulistischen Vox.

Für den bereits erwähnten Aufstieg der rechtspopulistischen Vox in Andalusien bei den Dezemberwahlen 2018 sind zwei Gründe zu erwähnen⁵. Zum einen die katalanische Frage, die in Andalusien intensiv erlebt wird: Viele andalusische Familien haben Verwandte in Katalonien oder dort selbst lange gelebt, und ihnen ist angesichts der chronisch hohen Arbeitslosigkeit die Bedeutung „territorialer Solidarität“ höchst bewusst. Ein weiterer Grund für den Zulauf von VOX ist der Diskurs der Immigration. Paradoxerweise sind gerade die Kleinstunternehmer der intensiven „Plastik-Landwirtschaft“ und die zahlreichen kleinen Bauunternehmer Andalusiens, die am meisten von der illegalen Immigration aus Afrika profitieren, unter den Vox-WählerInnen überrepräsentiert, während dies für die sozial am schlechtesten gestellten AndalusierInnen nicht gilt.

Die Frage der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist kein gewichtiges Motiv, das die Krise oder die Spaltung der Parteien erklären könnte. Zwar ist die Unterstützung des europäischen Projekts aufgrund der von einigen einflussreichen Regierungen diktierten Sparpolitik erheblich zurückgegangen, aber dessen ungeachtet wird es von der Mehrheit der Parteien weiter befürwortet: Jede konkrete Analyse des Szenarios eines Austritts aus der EU oder sogar aus dem Euro macht die Gefahren deutlich, die ein solcher Schritt im gegenwärtigen internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhang mit sich brächte. Die außerordentliche Bedeutung des Massentourismus – insbesondere des deutschen, britischen und französischen – für den spanischen Arbeitsmarkt darf nicht unterschätzt werden, ebenso nicht die in Spanien immer noch gängige Gleichsetzung von „Europa“ mit demokratischen Rechten und einer „zivilisierten“ Regulierung des gesellschaftlichen Lebens.

Übersetzung aus dem Spanischen: Santiago Vollmer

⁵ Vgl. meinen Beitrag „Spanien zwischen sozialer und nationaler Agenda“, in: sozialismus, H. 2/2019, S. 35ff., bes. S. 38.